

Gründung der Mittelmeerunion Historisch

Von Gerd Höhler

Frankreichs Diplomaten haben mit der Gründung der 43 Staaten umfassenden Mittelmeer-Union ein Kunststück fertiggebracht. Mit Ausnahme des libyschen Staatspräsidenten Gaddafi sämtliche Chefs der arabischen Welt an einen gemeinsamen Tisch mit dem israelischen Premier zu platzieren – das hat in der Tat historischen Charakter.

Dass nun über Nacht im Nahen Osten der Frieden ausbricht, ist allerdings nicht zu erwarten. Zu groß sind die Gräben, zu tief sitzen Misstrauen und Hass. Dennoch: Die neue Nähe zwischen Beirut und Damaskus, neue Friedenshoffnungen zwischen Israel und den gemäßigten Palästinensern – das allein rechtfertigt den Gipfel-Aufwand.

Die Mittelmeer-Union – auch das ist nicht zu unterschätzen – bietet fortan das Forum, auf dem sich Israel und die arabische Welt begegnen können. Dass auch Europa dabei weit mehr als bislang auf die Nachbarn auf der anderen Seite des Mittelmeers zugeht, sich dabei auch politisch mehr engagiert als bisher, ist überdies ein überfälliger Schritt. Selbst die alten Römer waren da schon einmal weiter.

Energie-Politik

Atom-Wahlkampf, ja bitte

Von Thomas Wels

Es scheint so, als bekäme das Wahlvolk bei der Bundestagswahl doch mehr geboten als groß-koalitionären Einheitsbrei: SPD und Union rüsten das Thema Atomenergie auf zum Wahlkampfschlager. Und das ist gut so. Die Energie und deren Preisentwicklung bewegt die Bürger wie kaum ein zweites Thema, und wenn man den jüngsten Umfragen glaubt, dann ist gut die Hälfte für eine Verlängerung der Laufzeiten und mithin die Änderung des Ausstiegsbeschlusses.

Das wiederum ist keine Kleinigkeit. Einen Vertrag, der als Atomkonsens von allen Beteiligten unterschrieben worden ist, darf die Politik nicht mal eben so per Federstrich ändern. Verlässlichkeit ist ein hohes Gut. Also müssen CDU und CSU als Befürworter einer solchen Änderung auf den Tisch legen, wie sie sich die Operation Atom vorstellen. Es kann nicht sein, dass die Energiekonzerne den steten Geldfluss aus ihren abgeschriebenen Meilern einsacken und an die Aktionäre ausschütten; und es kann auch nicht sein, dass ein neuer Atomkonsens wieder nur eine Halbwertzeit von wenigen Jahren hat.

Die Festschreibung des Atomausstiegs im Grundgesetz indes ist nonsens. Das würde nicht nur die Politik von ihrer Verantwortung erheben, sondern auch den Versuch darstellen, die Welt anzuhalten. Ist es nicht so, dass die Debatte gerade jetzt mit Macht aufbricht, weil sich Länder wie China und Indien ihren berechtigten Anteil am Wohlstand erarbeiten, dazu aber enorm viel Energie verbrauchen? Und könnte es nicht sein, dass irgendwann Techniker Meiler bauen, die eine Kernschmelze unmöglich machen, und noch dazu eine akzeptable Lösung für den Atommüll finden? Ginge es nach der SPD, könnte man einen Befürworter der Atomenergie fortan als Verfassungsfeind bezeichnen – was für ein Signal aus dem Land der Ingenieure und des Exportweltmeisters.

Was tun? Eine bedingungslose Verlängerung kann es nicht geben, zumal die Atomenergie natürlich auch staatlich subventioniert ist. Keine private Versicherung übernimmt die kompletten Kosten einer Havarie oder einer fehlgeschlagenen Endlagerung. Letztlich haftet die Gesellschaft. Also müssen die Energieversorger den überwiegenden Teil ihrer Laufzeit-Gewinne an die Gesellschaft zurückgeben: in Form von Forschungsinvestitionen in erneuerbare Energien, Speichertechniken und Fortschritte der Endlagerung. Eine Preisreduzierung allerdings ist nicht zu erwarten. Allenfalls hülfe eine Verlängerung, die Preise nicht noch stärker steigen zu lassen.

ZAHL DES TAGES

8000

Zuschauer fasst das Stadion „Am Waldschlösschen“, wo der SV Lippstadt 08 gestern gegen den FC Bayern kickte. Die Münchner Allianz-Arena hat 69 901 Plätze.

MIGRANTEN IN DEUTSCHLAND

Studieren und weg

Studie: Rund 35 Prozent der deutsch-türkischen Akademiker wollen Deutschland verlassen.

Wichtigster Grund: Sie fühlen sich missachtet und ausgegrenzt

Von Christopher Onkelbach

Essen. Deutschland verschleudert die Intelligenz seiner Migranten. An den Schulen werden sie nicht genügend gefördert, immer weniger von ihnen erhalten eine Lehrstelle. Doch nicht nur das. Wenn sich deutsch-türkische oder türkischstämmige Jugendliche bis zum Hochschulexamen durchgeschlagen haben, kehren viele von ihnen Deutschland den Rücken.

Während sie von anderen Ländern wegen ihrer Ausbildung und ihrer Zweisprachigkeit umworben werden, fühlen sie sich in Deutschland missachtet und ausgegrenzt. Rund 35 Prozent der türkischen Akademiker wollen nach einer noch unveröffentlichten Studie des Krefelder Instituts „futureorg“ in die Türkei auswandern. Das Institut befragte mehr als 250 türkische und türkischstämmige Hochschulabsolventen, von denen etwa drei Viertel hier geboren wurden. Als wichtigsten Grund für ihren Entschluss nannten 41 Prozent, dass sie sich in Deutschland nicht heimisch fühlten.

Gefragtes Wissen

„Es hat uns überrascht, wie viele junge Akademiker ausreisen wollen“, sagte Kamuran Sezer der WAZ. Der Sozialwissenschaftler leitet für das Krefelder Institut eine erstmals breit angelegte Studie über „türkische Akademiker und Studierende in Deutschland“ (TASD). Denn die bisher erhobenen Daten besagen kaum mehr, als dass rund 24 000 Studierende mit türkischem Pass an deutschen Hochschulen studieren.

Von Peter Szymaniak

Düsseldorf. Die Grünen werfen dem NRW-Schulministerium vor, zu wenig für die Einstellung von Lehrern aus Zuwandererfamilien zu tun.

Bereits im Juni 2006 habe die Landesregierung in ihrem „Aktionsplan Integration“ versprochen, mehr Lehrer mit Migrationshintergrund einzustellen. „Es gibt viel Papier, aber bei den Taten ist leider Fehlanzeige“, sagte Grünen-Innenpolitikerin Monika Düker. Während auf den Internet-Seiten des Innenminis-



Eine türkische Physik-Studentin beschäftigt sich an der Berliner Humboldt-Universität mit der Erforschung neuer Halbleiter-Strukturen in der Nanotechnologie. pa/ZB

Die jüngste Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zählte nur acht Prozent Studierende mit Migrationshintergrund. Und das, obwohl rund ein Fünftel der Bevölkerung sowie jedes dritte Kind unter sechs Jahren ihre Wurzeln im Ausland haben. Migranten wählen vor allem ingenieurwissenschaftliche Studiengänge, Medizin, Jura und Wirtschaftswissenschaften – Wissen, das der Arbeitsmarkt benötigt. Umso dramatischer sind die hohen Abbrecherquoten – mit 45 Prozent fast doppelt so hoch wie bei den deutschen Studenten – und der Abwanderungswille.

Die wachsende türkische Wirtschaft übt mit attraktiven Jobs einen großen Reiz auf die gut ausgebildeten Hochschulabsolventen aus – so glaubte man bisher, den Abwanderungswillen erklären zu können. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit, ergab die TASD-Studie. Denn aus Baden-Württemberg, das wirtschaft-

lich ebenfalls gut dasteht, wollen weit mehr türkische Absolventen weg (50 Prozent der Befragten) als aus NRW (25 Prozent). Sezer vermutet daher, dass nicht allein die Berufsaussichten ausschlaggebend sind, sondern mehr noch „emotionale Gründe“. Sezer: „Nach ersten Analysen glauben wir, dass die in NRW lebenden Türken auf eine engere soziale und kulturelle Verflechtung zurückgreifen können. Das gibt Halt.“

Dennoch ist der Trend bedenklich. Eine Studie der OECD kam Ende 2007 zu dem Ergebnis: „Selbst mit Universitätsabschluss sind die Chancen der Kinder von Zuwanderern, eine Beschäftigung zu haben, zum Teil erheblich geringer. Bildungs- und Sprachdefizite können somit nur einen Teil der niedrigeren Beschäftigung erklären.“ Eine Ursache sieht die OECD-Studie in der Diskriminierung von Ausländern: „Zum Teil müssen Kinder von Zuwanderern bei glei-

cher Qualifikation drei bis viermal so viele Bewerbungen schreiben, bis sie ein Bewerbungsgespräch erhalten.“

Verheerendes Signal

Dass es überhaupt eine ansehnliche Zahl bis zum Hochschulexamen schafft, grenzt fast an ein Wunder. Sezer: „Das deutsche dreigliedrige Schulsystem ist stark selektiv und ein enormes Integrationshemmnis.“ Viele türkische Kinder müssten sich von der Hauptschule bis zum Abitur durchkämpfen. „Das schaffen nicht viele“, sagt Sezer.

Wem es dennoch gelingt, der genieße in der türkischen Gemeinde ein sehr hohes Ansehen. Sezer: „Wenn aber von den wenigsten gut gebildeten Türken viele weggehen, welches Signal sendet das an die türkische Community?“ Für die deutsche Seite sieht er in den ernüchternden Zahlen aber auch eine Chance: „Wir kennen jetzt das Problem. Nun kann man gegensteuern.“

Lehrer aus Zuwandererfamilien gesucht

Nur ein Prozent Pädagogen mit Migrationshintergrund. Kritik: Landesregierung unternimmt zu wenig

zwischen Schülern mit Zuwanderungsgeschichte, Lehrern und Eltern wahrnehmen“ könnten. Zudem könnten zweisprachige Lehrkräfte Schüler mit anderer Herkunftssprache unterstützen, heißt es im „Aktionsplan“.

Tatsächlich gibt das NRW-Schulministerium zu, dass das Migranten-Werbeprojekt erst im Herbst vergangenen Jahres angelaufen sei. Daher sei es für eine Erfolgswertung noch zu früh. Allerdings habe man ein Netzwerk „Lehrkräfte mit Zuwanderergeschichte“ mit 50 Mitgliedern gegründet, Wer-

beprojekte bei Abi-Messen und Berufsseminaren für den Lehrerberuf mit Blick auf Zuwanderer gestartet und plane, Werbe- und Infomaterial an den Schulen zu verteilen.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) hält zwar immer noch den Anteil der Lehrer mit Zuwanderung für „absolut zu wenig“. Sie macht aber vor allem die frühere rot-grüne Regierung dafür verantwortlich.

→ online Diskussion: Gut ausgebildete Migranten halten, wie? DerWesten.de/direkt

Urlaubsplanung



WAZ-Zeichnung: Waldemar Mandzel

DIE ANDEREN

Berliner Zeitung zur Mittelmeerunion

Herausgekommen ist eine Neuauflage der als Barcelona-Prozess 1995 ins Leben gerufenen euromediterranen Zusammenarbeit, die an alten Problemen krankt. Neue bürokratische Einrichtungen sind entstanden. Ein paar Projekte sind abgesegnet worden, die freilich nicht mehr kosten dürfen, als das, was die EU schon bisher auszugeben bereit war.

Tageszeitung (Berlin) zum Atomstreit

Der Atomausstieg könnte ohne weiteres im Grundgesetz festgeschrieben werden. Rechtlich spricht nichts dagegen. Politisch ist dies aktuell aber eine gefährliche Überlegung, die zu teuer erkauft werden müsste. Allerdings ist der schrittweise Atomausstieg auch so geltendes Recht. Auf eine Verankerung im Grundgesetz kommt es daher nicht an.

Westfalenpost (Hagen) zu Gros

Die Behauptung des Ministers, wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Irak stünde nichts im Wege, ist nur absurd. Natürlich geht es Gros ums Öl. Der Irak ist das einzige Land der Welt, das seine Ölförderung massiv ausweiten könnte. Wenn es denn ausreichend Investoren gäbe, die Terror nicht fürchten.

UNSERE LESER

Zu „Reisende entgingen Katastrophe“

Mir sind keine Unfälle mit den französischen Hochgeschwindigkeitszügen, welche noch etwas schneller sind, bekannt. Vielleicht liegt es an „Made in Germany“? Willi Körner, Essen

Zu „Einzelhandel in NRW will Abschluss übernehmen“

Dieser Abschluss ist wieder einmal schlecht ausgefallen für die Mitarbeiter im Einzelhandel. Für die Spätzulagen hatten wir auf Gehaltserhöhungen verzichtet. Jetzt hat Verdi 3% mehr Lohn ausgehandelt und auf Zuschläge an Samstagen verzichtet. Ein Rückschritt für die Verkäuferinnen und Verkäufer, die sowieso am Ende der Tarifabelle stehen. So bekommt man keine neuen Mitglieder. Wir sind sauer. Dieter Kreutzer, Mülheim

Zu „Vertraute von Merkel wird Lobbyistin“

Endlich mal eine gute Nachricht für die Verbraucher: Insiderwissen aus dem Kanzleramt direkt auf den Tisch der Energieversorger.

Günther Kronenbitter, Sprockhövel

GLOSSIERT

Stinknormale Rentner

Für Rentner gibt es ja eine Vielzahl von Gründen, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Einer besteht darin, dass man sich dort so herrlich über seine Mitmenschen ärgern kann. Über junge Leute, die ihre Füße skrupellos auf den Sitz gegenüber legen. Oder über Hundebesitzer, deren riesengroße Bernhardiner den ganzen Gang blockieren.

Auch Leute, die mit ihren Einkaufstüten alle verbliebenen Plätze belegen, sind bei Rentnern unbeliebt („Ihre Taschen wollen wohl auch mal sitzen“). Dass sich alte und junge Leute manchmal nicht riechen können, fiel auch neulich in der Straßenbahn auf: Ein junger, dynamischer Mann steigt ein und setzt sich neben ein in die Zeitungslektüre versunkenes Rentner-Ehepaar. Sofort springt er wieder hoch, reißt das Fenster auf. Die Bahn fährt an, die Zeitung fliegt fast davon. Die Seniorin erhebt sich, um das Fenster wieder zu schließen. „Es stinkt hier“, ruft der Junior laut. Mit einer pfeilschnellen Reaktion seiner Gegenspielerin hatte er wohl nicht gerechnet: „Aber erst seitdem Sie hier sitzen!“ KaHei

WAZ WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

WESTFÄLISCHE ALLGEMEINE ZEITUNG
Gründungsherausgeber: Erich Brost und Jakob Funke

Chefredakteur: Ulrich Reitz.
Stellvertreter: Wilhelm Klümper.
Chef vom Dienst: Thomas Kloß, Constanze Vollmer (Technik).
VERANTWORTLICH: Innenpolitik: Norbert Robers; Außenpolitik: Lutz Heuken; Nachrichten: Yvonne Szabo; Wirtschaft: Thomas Wels; Sport: Hans-Josef Justen; Vermischtes: Ulrich Schilling-Strack; Kultur/Wochenende: Gudrun Norbisrath; Wissenschaft: Christopher Onkelbach; Berlin: Angela Gareis; Düsseldorf: Christoph Meinerz; Peter Szymaniak; Brüssel: Gerd Niewerth; London: Dr. Jasmin Fischer; Paris: Joachim Rogge; Rom: Christa Langen-Peduto; Washington: Dr. Markus Günther; Reporter: Annika Fischer, Ulrich Horn (Politik), Dr. Richard Kiessler (Sonderkorrespondent Außenpolitik), Hayke Lanwert, Wolfgang Pott (Wirtschaft), Rolf Potthoff (Politik), Hubert Wolf; Auto: Gerd Heidecke; Organisation: Manfred Bogedain.

Online: WAZ New Media GmbH & Co. KG; Chefredakteurin: Katharina Borchert. WAZ: Chef vom Dienst: Matthias Schmeing. Verantwortlich für Anzeigen: Oliver Nothelfer, Anschrift wie Verlag. Anzeigenpreisliste Nr. 33, WAZ-Mediengruppe (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahrverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Inhalts stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar. Freitags mit rfv, TV-Magazin zur Tageszeitung.
Redaktion, Anzeigen und Vertrieb: WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG, 45128 Essen, Friedrichstr. 34-38. Briefanschrift: 45123 Essen. Internet: DerWesten.de, Mail: zentralredaktion@waz.de. Anzeigen: Mail: anzeigenzentrale@waz-mediengruppe.de; Fax-Nr. 0201 804-2418; Vertrieb und Leserservice: 01802 404072*; Fax: 01802 404082* (*6 Cent pro Anruf/Fax aus dem deutschen Festnetz, abweichender Mobilfunktarif); Mail: leserservice@waz.de.
Anschrift des Verlages: Zeitungsverlag Ruhrgebiet GmbH & Co. Essen KG, 45123 Essen, Friedrichstr. 34-38, Sammelnummer 0201 8040, Fax 0201 804-2841.
Geschäftsführer: Bodo Hombach, Christian Nienhaus.
Druck: Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen, Hohensyburgstr. 67.
Für die Herstellung der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung wird Recyclingpapier verwendet.